### Antrag A-01 UB Duisburg

## Der Landesparteitag möge beschließen:

#### Erhöhung der Förderung der Friedens- und Konfliktforschung

- 1 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für den Aus-
- 2 bau der finanziellen und institutionellen Förderung der
- 3 Friedens- und Konfliktforschung ein; insbesondere die
- 4 SPD-Bundestags und die SPD-Landtagsfraktion werden
- 5 aufgefordert, in diesem Sinne tätig zu werden.

# 67 Begründung

8

36

37

Der brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukrai-9 ne hat die Haltung und Erwartungen der Politik, aber 10 11 auch von Wissenschaftlern u.a. Experten zu dessen außenpolitischem Verhalten offensichtlich widerlegt. Das 12 Undenkbare ist Realität geworden: Krieg in Europa un-13 ter Beteiligung einer Groß- und Atommacht. Und auch 14 15 wenn NATO und EU große Geschlossenheit (sicherlich so nicht unbedingt vorhersehbar und von Putin offenbar 16 17 unterschätzt) demonstrieren, scheint vieles von dem, was bisher als Gewissheit galt, ins Wanken geraten zu 18 sein und Neubewertungen (z.B. Haltung zu Aufrüstung und Bundeswehr) notwendig zu machen.

19 20 Darüber hinaus gibt es weitere Konfliktherde, die sich 21 perspektivisch ebenfalls ausweiten und die aktuelle Si-22 23 tuation noch verschärfen könnten (Georgien; Bosnien-Herzegowina etc.) und auch für Konfliktherde außer-24 halb Europas wird die deutsche Außenpolitik im 21. 25 Jahrhundert Lösungen finden müssen, die ggf. oft jen-26 seits der Denkmuster klassischer bzw. selbstverständli-27 cher Außen- und Sicherheitspolitik liegen werden. Um 28 29 mit den aktuellen und künftigen Auseinandersetzungen in Osteuropa und anderen Regionen der Welt bes-30 ser umgehen zu können, benötigen politische, militäri-31 sche und auch wirtschaftliche Entscheidungsträger vor 32 33 allem neue wissenschaftliche Erkenntnisse - konzeptioneller, methodischer und inhaltlicher Art. Ein deutlicher 34 Ausbau der Friedens -und Konfliktforschung, aber auch 35

der Osteuropaforschung hierzulande könnte dazu einen

elementaren Beitrag leisten.

## Empfehlung der Antragskommission Überweisung an die Landtagsfraktion